

Antrag

46. Vollversammlung Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 25.03.2023

Initiator*innen: JANUN

Titel: **Verbaut nicht den Weg in die klimaneutrale
Zukunft**

Antragstext

1 Der Landesjugendring Niedersachsen und dessen Mitgliedsverbände fordern einen
2 Ausstieg aus Investitionen in fossile Infrastrukturen in Niedersachsen. Das
3 betrifft vorwiegend LNG Terminals, Autobahnen und gas-basierte Heizungen. Wir
4 jungen Menschen sehen durch die langen Abhängigkeiten von dieser Infrastruktur
5 die notwendige Transformation in eine nachhaltige Zukunft, in der wir leben
6 wollen, gefährdet. Die oft genannte „wasserstoff readiness“ der LNG Terminals
7 sehen wir insbesondere kritisch, da für den Umbau zur wünschenswerten
8 Wasserstoff Infrastruktur 50% der LNG-Investition benötigt würden. Stattdessen
9 bedarf es aus unserer Sicht für eine gute und sozialverträgliche Zukunft,
10 Investitionen in den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, sowie vor allem neue
11 Stromspeicher. Ebenso braucht es Förderungen für Errichtung von Wärmenetzen,
12 Gebäudesanierungen, Elektrifizierung des Wärmebedarfes und einen massiven Ausbau
13 des ÖPNV. Der Umstieg muss im Sinne der Arbeitnehmer*innen sozial gerecht
14 geschehen.

Begründung

Wir jungen Menschen sehen mit zunehmender Besorgnis auf die weiteren Investitionen in fossile Infrastruktur in Niedersachsen. Die aktuell massiv steigenden Investitionen in LNG und neue Straßenbauprojekte gefährden die notwendige Transformation in eine Zukunft, in der wir leben wollen.

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und erfordert entschlossenes Handeln, sowie langfristige Strategien. Investitionen in diese Infrastruktur führt uns in zusätzliche Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen, die für Jahrzehnte zementiert werden. In Niedersachsen sind das vor allem Ausbau des Gas- und des Straßennetzes.

In Wilhelmshaven und Stade werden in den nächsten Jahren 2 von 4 deutschen stationären Flüssiggas (LNG) Terminals gebaut. LNG wird als notwendiger Energieträger für die Energiewende genannt, da durch eine saubere Verbrennung weniger klimaschädliches CO₂ frei werde. Allerdings ist bei der Förderung austretendes Methan, so wie benötigte Energie für die Verflüssigung (¼ des LNG Energiegehaltes) nicht einberechnet, wodurch LNG ähnliche Emissionswerte wie Steinkohle erreicht.

Ein weiteres Argument für LNG Terminals solle die Nutzbarkeit für Wasserstoff sein. Doch sind so einfach wie oft dargestellt sind die Terminal nicht „wasserstoff ready“. Eine Umstellung auf Wasserstoff oder Ammoniak benötigt umfangreiche Anpassungen – die Anlagen können nicht von verschiedenen Energieträgern flexibel genutzt werden. Außerdem ist ein späteres Umrüsten der LNG-Infrastruktur sehr kostspielig und mit großen Unsicherheiten behaftet. Ungefähr 50% der ursprünglichen Investitionskosten würden laut Fraunhofer Institut nochmal für die Umrüstung gebraucht werden.

Eine ganz andere fossile Infrastruktur in die immer noch sehr viele Steuergelder fließen sind Aus- und Neubauprojekte von Autobahnen und Landstraßen. Obwohl der motorisierte Individualverkehr und vor allem der Güterverkehr auf Straßen reduziert werden muss, werden Straßen verbreitert, oder sogar neu geplant und gebaut. In einem so großen Land wie Niedersachsen ist die Verkehrswende eine besonders große Herausforderung. Das möchten wir dazu genutzt wissen, schnell bekannte Lösungen umzusetzen, anstatt auf zukünftige Technologien, wie Elektro-LKW, zu hoffen.

Als Maßnahmen dagegen kann Deutschland nach Studien von dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Artelys und Agora Energiewende hingegen auch ohne den Bau von eigenen Terminals die Energieversorgung gewährleisten. Hierfür braucht es stattdessen erhebliche Energieeinsparungen, eine bessere innereuropäische Gasverteilung und einen verstärkten Ausbau von Erneuerbaren Energien, gemeinsam mit verstärktem Einbau von Wärmepumpen. Investitionen in Straßen können durch einfache Weichenstellungen in Schienennetz und ÖPNV umgeleitet werden.

Wir als Landesjugendring sehen unsere Aufgabe aber nicht nur darin, Politik auf hinderliche Maßnahmen hinzuweisen sondern vielmehr an der Ausgestaltung eines solidarischen Weges aus den fossilen Energieträgern mitzuwirken und dafür zu werben. Diesen Antrag sehen wir als Aufschlag und Einigungsgrundlage.